

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
09/2015 (II)*



Liebe FreundInnen!

Im vorliegenden Infoletter findet ihr wie immer die neuesten Nachrichten über Beschlüsse und Debatten im Nationalrat und über meine Arbeit als Abgeordnete und außen- sowie europapolitische Sprecherin der SPÖ. Themen der 91. Nationalratssitzung am Mittwoch waren unter anderem die Situation der Flüchtlinge in Österreich und Europa sowie die Verwicklung der FPÖ in Korruptionfälle (Kickback-Zahlungen). Dazu findet ihr auch zwei zusätzliche Faktenchecks in diesem Infoletter.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Top Themen

Verfassungsgesetz für gerechte, solidarische Verteilung von Schutzsuchenden

Die **Schaffung von Quartieren für AsylwerberInnen wird vereinfacht**. Ziel des Verfassungsgesetzes "über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden" ist eine gerechte, solidarische Verteilung von Schutzsuchenden in ganz Österreich und die Schaffung menschenwürdiger, winterfester Quartiere. Das Gesetz bringt u.a. eine Art "**Durchgriffsrecht**" **des Bundes** bei der Schaffung von Flüchtlingsunterkünften, **wenn ein Bundesland die gesetzliche Quote zur Unterbringung von Asylsuchenden nicht erfüllt** und im betroffenen Bezirk und in der Gemeinde der Bezirks(Gemeinde)richtwert von 1,5 Prozent der Wohnbevölkerung nicht erreicht wird. Beschlossen wurde das Gesetz mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und Neos. **Das Durchgriffsrecht ist eine "ultima ratio"**: Erstes Ziel ist, dass Länder und Gemeinden selbst für die Unterbringung sorgen. – Mehr Infos unter "**Alle Beschlüsse**", siehe unten.

Flüchtlingskrise – "Europäische Lösung ist alternativlos"

Um die europäische Dimension der Flüchtlingskrise ging es in der Europastunde des Nationalrats, bei der erstmals auch österreichische EU-Abgeordnete ihr neues Rede-recht wahrnehmen konnten. Die Delegationsleiterin der **SPÖ-EU-Abgeordneten Evelyn Regner** bezeichnete dabei eine europäische Lösung als alternativlos und **forderte ein neues Asylsystem**. "Und es ist dringend notwendig, mehr finanzielle Mittel für Flüchtlinge in der Türkei, in Jordanien, im Libanon und im Irak zur Verfügung zu stellen. Das ist unsere europäische Verantwortung."

Demokratie – BürgerInnen stärker in die Gesetzgebung einbinden

Von Dezember 2014 bis September 2015 tagte die **parlamentarische Enquete-Kommission zur "Stärkung der Demokratie"**. Hier die wichtigsten Empfehlungen des Schlussberichts:

- BürgerInnen sollen möglichst früh in die **Entstehung von Gesetzen eingebunden werden**. Etwa in Form einer **Online-Plattform**, mit der sich interessierte BürgerInnen auf elektronischem Weg einbringen können

- Durch eine Verfassungsänderung sollen **Länder und Gemeinden** unter "größtmöglicher Flexibilität" die Möglichkeit bekommen, **direktpolitische Elemente** einzuführen.
- Der Bericht empfiehlt außerdem eine jährliche Erklärung der Regierungsglieder über ihre politischen Vorhaben.
- Geplant ist weiters die **Abschaffung der Amtsverschwiegenheit** für mehr Transparenz.
- In einer eigenen **Sitzung des Nationalrats für Volksbegehren**, die mehr als 100.000 UnterstützerInnen erreichen, sollen auch die ProponentInnen der Initiative ein Rederecht haben

Um die parlamentarische Arbeit nach außen besser sichtbar zu machen, soll es ein eigenes "Parlaments-TV" geben und Ausschüsse sollen per Livestream übertragen werden.

Alle Beschlüsse und Berichte

NR-Sitzung vom 23. September 2015

Bundesverfassungsgesetz über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden ([792 d.B.](#))

- Ziel des Verfassungsgesetzes ist die "menschenwürdige, gleichmäßige und solidarische Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden" (Asylwerber; Asylberechtigte in der Grundversorgung; Schutzbedürftige, die aus rechtlich oder faktischen Gründen nicht abgeschoben werden können).
- Das Gesetz verpflichtet die Gemeinden, die erforderliche Anzahl von Plätzen für die Unterbringung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden zur Verfügung zu stellen. Die Zahl soll 1,5 Prozent der Wohnbevölkerung (Gemeinderichtwert) betragen. Eingerechnet werden jene Schutzbedürftigen, die in Einrichtungen des Bundes oder der Länder untergebracht sind oder dort versorgt werden.
- Der Bund kann Unterkünfte in bundeseigenen Gebäuden oder auf Flächen, die dem Bund gehören, dort schaffen, wo das Bundesland die vereinbarte Quote nicht erfüllt und der betroffene Bezirk sowie die betroffene Gemeinde den Richtwert von 1,5 Prozent der Wohnbevölkerung nicht erfüllen. Unterkünfte sollen vorrangig in Gemeinden über 2.000 Einwohner geschaffen wer-

den. Gemeinden im selben politischen Bezirk können aber auch zusammenarbeiten, gemeinsam Unterkünfte schaffen und so die Quote erfüllen.

- Überdies werden Standards für die Unterbringung - angemessener Wohnraum, ein Schlafplatz, ausreichend Sanitäreinrichtungen - definiert. Werden die Standards nicht erfüllt, gelten die Unterkünfte nicht für die Quote. Außerdem wird der Tagsatz für die Betreuung der Schutzbedürftigen etappenweise von 19 auf 21 Euro erhöht – die Kosten teilen sich wie bisher Bund und Länder im Verhältnis 60:40.
- Das Gesetz tritt mit 1. Oktober 2015 in Kraft und ist bis Ende 2018 befristet.

Verschärfungen gegen Schlepperei ([793 d.B.](#))

Eine Änderung im Fremdenpolizeigesetz bringt schärfere Bestimmungen gegen Schlepperei. Konkret wird es erleichtert, Schlepper in U-Haft nehmen zu können. Bisher galt der dafür nötige höhere Strafrahmen (zwischen sechs Monaten und fünf Jahren) erst ab zehn geschleppten Personen. Diese Zahl wird nun auf drei reduziert.

Bericht der parlamentarischen Enquete-Kommission betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich ([791 d.B.](#)) – s. Top-Themen

StVO-Novelle bringt Erleichterungen für Menschen mit Behinderungen ([786 d.B.](#))

Eine Novelle der Straßenverkehrsordnung unterstützt die Mobilität und Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung. Damit wird den mehr als 44.000 InhaberInnen von so genannten Paragraf 29b-Ausweisen die Zufahrt zu ÄrztInnen und Therapieeinrichtungen in Fußgängerzonen ermöglicht. Zudem sollen sie in Halte- bzw. Parkverboten halten oder parken dürfen, die durch gelbe Bodenmarkierungen kundgemacht sind. Außerdem beinhaltet die StVO-Novelle eine verbesserte Regelung für die Anbringung von Verkehrszeichen, damit Sehbehinderte und Blinde nicht gefährdet werden. (in einer Mindesthöhe von 2,20 Metern.

Rechnungshof-Bericht zu Bezirksgerichten + Verbund – [Reihe Bund 2014/13 \(III-111/717 d.B.\)](#)

In seinem Bericht über den Stand der Strukturreform bei den Bezirksgerichten kritisiert der Rechnungshof die stockende Reduzierung der Bezirksgerichts-Standorte, die v.a. auf den Widerstand der Bundesländer zurückgeht. In einem weiteren Teilbericht wurden die Auslandsbeteiligungen des Verbund-Konzerns kritisch unter die Lupe genommen.

Rechnungshof-Kritik führte zur Reform der Bundesfinanzierungsagentur – [Reihe Bund 2009/8 \(III-3/794 d.B.\)](#)

Zur Kenntnis genommen wurde weiters ein relativ alter Bericht des Rechnungshofes, der kurz nach der Finanzkrise das Finanzmanagement der Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) untersuchte. Die nach diesem Bericht erfolgte Reform der ÖBFA führte mittlerweile dazu, dass keine Veranlagungen ohne Absicherung durchgeführt werden, die Risikostrategie verändert und das Risikomanagement reformiert wurde.

Rechnungshof bestätigt SPÖ-Position zu Haftungsobergrenzen – [Reihe Bund 2015/7 \(III-171/795 d.B.\)](#)

Ein Teilbericht des Rechnungshofes zu den Haftungsobergrenzen von Ländern und Gemeinden kritisiert die derzeitigen unterschiedlichen Regelungen auf Länder-Ebene. Die Haftungen der Länder waren laut Rechnungshof 2012 mehr als doppelt so hoch wie die Summe der Haftungsobergrenzen. Eindeutig auch die Empfehlung des Rechnungshofes: "Es sollte eine gesamtstaatliche Haftungsobergrenze festgelegt werden, und davon abgeleitet, Haftungsobergrenzen für Bund, Länder und Gemeinden." Der Bericht bestätigt die Forderung der SPÖ nach einheitlichen Obergrenzen für Haftungen und einem Spekulationsverbot für die Gebietskörperschaften, die über eine Änderung der Finanzverfassung per Verordnung vom Finanzminister festgelegt werden sollen.

Weitere Themen

Schulstart: 5.800 Flüchtlingskinder werden in den Schulen integriert

Die Flüchtlingskrise war auch beherrschendes Thema in der Aktuellen Stunde zum Thema Schulstart. Für 5.800 Flüchtlingskinder, die heuer in Österreich mit der Schule neu begonnen haben, bedeutet der Schulbesuch auch ein wichtiges Stück Normalität und Stabilität. Für SPÖ-Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek steht es außer Zweifel, dass die zusätzlichen SchülerInnen – durchschnittlich ein Kind pro Schule – für das Schulsystem zahlenmäßig verkraftbar sind. Mit Start-Sprachkursen, mobilen Teams, die zur Unterstützung an die Schulen kommen sowie mit einer Initiative für ausbildungswillige Flüchtlinge nach der Schulpflicht soll die Integration gefördert werden. Auch SPÖ-Bildungssprecherin Elisabeth Grossmann sieht die Herausforderung durch die zusätzlichen Schulkinder "hervorragend bewältigt". Wichtig ist für sie, dass Flüchtlingsfamilien in kleinen Einrichtungen untergebracht werden. "Kinder gehören nicht in Massenquartiere. Sie gehören in familiäre Einheiten, wo Integration am besten gelingen kann!"

FPÖ – Verdacht auf Kickback-Zahlungen

Um die Verwicklung der FPÖ in Korruptionfälle ging es in einer Dringlichen Anfrage der Grünen an den Justizminister. Besonders im Brennpunkt der Debatte: FP-Generalsekretär Kickl und die Causa "ideen.schmiede", wo es um den Vorwurf von illegalen Geldzahlungen geht. Derzeit laufen dazu Ermittlungen der Staats- und Korruptionsstaatsanwaltschaft. SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim verwies in seiner Rede auf den Vertrag zwischen der FPÖ Kärnten und der Werbeagentur "ideen.schmiede, der den Verdacht auf Kickback-Zahlungen an die Partei nahelegt, und er kritisierte die langsamen Ermittlungen.

Faktencheck zur Flüchtlingslage

Flüchtlinge – 5 Mythen im Faktencheck (Quelle: APA0172, 17.9.2015)

1. „Die meisten, die kommen, sind Wirtschaftsflüchtlinge“

Das Gegenteil ist der Fall. Laut UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR kommen fast alle Flüchtlinge, die derzeit in Europa eintreffen, aus den Bürgerkriegsländern Syrien und Irak sowie aus Afghanistan. 70 Prozent derer, die heuer per Boot über das Mittelmeer nach Europa gekommen sind, waren Syrer. Weitere 22 Prozent stammen aus Afghanistan und Pakistan, wo islamistische Taliban-Aufständische gegen die Regierung kämpfen.

2. „Viele Flüchtlinge kommen nicht direkt aus Syrien, sondern aus Lagern in den Nachbarländern“

Auch das stimmt laut UNHCR nicht. "Die meisten, die jetzt ankommen, sind direkt aus Syrien geflohen", so laut APA die operative Leiterin des UNHCR in Griechenland, Alessandra Morelli. Und: Bereits mehr als ein Drittel der Flüchtenden sind Frauen und kleine Kinder. Das zeigt laut Morelli, dass der Konflikt immer schlimmer wird.

3. „In Syrien gibt es noch genug sichere Zufluchtsorte“

Berichte aus dem Land zeigen das Gegenteil. Der Konflikt wird sogar immer unübersichtlicher: Das Regime von Präsident Bashar al-Assad kämpft nicht nur gegen zahlreiche Rebellengruppen, die Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS), sondern auch gegen deren Rivalen, der mit Al-Kaida verbündeten Al-Nusra-Front. Selbst im Zentrum der Hauptstadt Damaskus, Hochburg des Assad-Regimes, vergeht kaum ein Tag ohne Beschuss durch in den Vororten kämpfende Rebellen, berichtete zuletzt ein Reporter des britischen "Guardian". "Die Flüchtlinge kommen aus allen Teilen Syriens", zitiert die APA Alessandra Morelli vom UNHCR.

4. „In Griechenland oder Serbien können die Flüchtlinge genauso bleiben und werden versorgt“

Hilfsorganisationen weisen darauf hin, dass Griechenland und die Balkan-Staaten für die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen kaum gerüstet sind. Der griechische Staat mit seinen Finanzproblemen stellt Neuankömmlingen weder Essen, Unterkunft noch medizinische Versorgung zur Verfügung, so die Expertin Constance Theisen von Ärzte ohne Grenzen. Es herrsche bereits seit dem Sommer eine humanitäre Krise. Ähnlich ist es in den Staaten Ex-Jugoslawiens: Das UNHCR hat etwa erklärt, dass es in Serbien selbst zur vorübergehenden Aufnahme von Flüchtlingen am Nötigsten fehle.

5. „Wenn wir die Grenzen aufmachen, kommen alle“

Das spiegelt kaum die bisherigen Tatsachen wider. Seit Ausbruch des Bürgerkriegs 2011 sind nach Schätzungen des UNHCR mehr als vier Millionen Syrer aus ihrem Land geflohen. Davor leben nun über eine halbe Million in Jordanien, mehr als eine Million im Libanon und mehr als zwei Millionen in der Türkei. Im Vergleich dazu: Seit Beginn der Flüchtlings-"Krise" im heurigen Jahr sind in Europa nur knapp 300.000 Menschen eingetroffen. Der aktuelle Zustrom dürfte nach Einschätzung des UNHCR mit Wintereinbruch gedämpft werden - im November werde es eine deutliche Entspannung geben, sagte Europa-Direktor Vincent Cochetel zuletzt.

Faktencheck FPÖ-Justizfälle

Korruptionsvorwürfe gegen FPÖ-Generalsekretär Kickl waren im Rahmen einer "Dringlichen Anfrage" an Justizminister Brandstetter heute Thema der Plenarsitzung. Kickl soll **über die FPÖ-nahe Werbeagentur "ideen-schmiede" massiv von Provisionen aus Regierungsinseraten profitiert** und Geld aus Aufträgen des Landes Kärnten an die Partei zurücküberwiesen haben, so der Verdacht. Die Causa-Kickl **reihet sich in eine lange Liste blauer Straffälligkeiten** – in keiner anderen Partei stehen auch nur annähernd so viele PolitikerInnen im Visier der Justiz. Hier ausgewählte Beispiele:

Uwe Scheuch: verurteilt

Der FPÖ-Politiker wurde in der „**Part of the Game**“-Affäre zu sieben Monaten bedingt und einer Geldstrafe von 67.500 € verurteilt. Ein Verfahren wegen Untreue (Scheinrechnungen und Finanzierung eines Geburtstages auf Landeskosten) läuft.

Bernhard Gratzer: verurteilt

Der ehemalige FPÖ-Landesparteivorsitzende von Niederösterreich wurde wegen **Untreue** zu drei Jahren Haft, davon neun Monate unbedingt, verurteilt.

Susanne Winter: verurteilt

Die FPÖ-Abgeordnete wurde wegen **Verhetzung und Herabwürdigung religiöser Lehren** im Jahr 2009 zu 24.000 € Geldstrafe verurteilt.

John Gudenus sen.: verurteilt

Der ehemalige FPÖ-Mandatar wurde wegen **Wiederbetätigung** zu einer bedingten Freiheitsstrafe verurteilt.

Karlheinz Klement: verurteilt

Vier Monate bedingt und eine Geldstrafe in der Höhe von 1.800 € für den wegen **Verhetzung** verurteilten Ex-FPÖ-Abgeordneten.

Peter Rosenstingl: verurteilt

7 Jahre Gefängnis bekam der ehemalige FPÖ-Abgeordnete wegen **gewerbsmäßigen schweren Betrugs und Untreue**.

Wolfgang Fröhlich: verurteilt

Der ehemalige FPÖ-Politiker ist als **Holocaust-Leugner** zu vier Jahren Haft verurteilt worden.

Ferdinand Spielberg: verurteilt

Der ehemalige FPÖ-Stadtrat in Graz wurde 2003 rechtskräftig wegen **sexueller Nötigung** verurteilt.

Reden

Rede vom 23.09. zum Durchgriffsrecht

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine Dame und mein Herr auf der Regierungsbank! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unsere dringlichste Herausforderung – das ist schon oft gesagt worden – wird in nächster Zeit sein, Menschen, die durch grausame Kriege aus ihrer Heimat vertrieben wurden, in sichere und menschenwürdige Unterkünfte zu bringen. Ich bin mir sicher, dass wir das schaffen werden. Aber wir müssen schnell handeln, bevor der Winter kommt. Es darf uns nicht passieren, dass Flüchtlinge bei Schnee, Eis und Minustemperaturen in Zelten, in notdürftigen Zelten leben müssen. *(Abg. Pirkhuber: Der Winter kommt schneller, als man glaubt!)*

Meine Damen und Herren! Dieses Gesetz gibt uns die Möglichkeit, im Notfall schnell helfen zu können und menschenwürdige Unterkünfte unbürokratisch bereitzustellen. Mit diesem Gesetz sorgen wir dafür, dass trotz der Eile nicht einzelne Städte und

Regionen mit der Unterbringung alleingelassen werden, sondern dass wir diese humanitäre Aktion in Österreich solidarisch und gemeinsam angehen. Das ist machbar.

Österreich kann einen Beitrag leisten und Österreich will einen Beitrag leisten. Das zeigen ja die vielen Freiwilligen, die unermüdlich Hilfe leisten und das zeigen die vielen Unternehmen in Österreich, die sich für die Schutzsuchenden engagieren. Das zeigen aber auch die Städte und Kommunen, die sich der Aufgabe sehr beherzt, unbürokratisch und letztendlich auch mit viel Kreativität gestellt haben. Da ist in den letzten Wochen, in den letzten Tagen wirklich Unglaubliches geleistet worden. Darum habe ich auch die Hoffnung, dass dieses Gesetz gar nicht genutzt werden muss, weil es bereits ausreichend Unterkünfte geben wird. Das ist meine Hoffnung.

Österreich kann und will helfen. Aber auch in Europa sind faire und solidarische Regelungen gefragt. Kein Land, kein Land sollte sich aus dieser Verantwortung davonestehlen. Wir müssen in Europa wieder zusammenarbeiten. Dazu gehört eine faire Verteilung der Schutzsuchenden. Die gestern beschlossene Umverteilung von 120 000 Flüchtlingen ist ein erster, wenn auch kleiner Schritt. Dazu gehört dann noch die Kontrolle an den Außengrenzen, aber in Übereinstimmung mit den Menschenrechten. Dazu gehören Hotspots an den EU-Außengrenzen, wo Schutzsuchende vernünftig erstversorgt werden können und ein geordnetes Asylverfahren erhalten.

Dazu gehört vor allem auch eine starke europäische Außen- und Sicherheitspolitik, mit der wir den Nachbarländern Syriens unter die Arme greifen, die sich um knapp 90 Prozent der syrischen Flüchtlinge kümmern. Wir müssen uns gemeinsam mit den USA, mit Russland, dem Iran, den arabischen Ländern, insbesondere mit Saudi-Arabien und der Türkei um ein schnelles Ende des Bürgerkriegs bemühen. Europa kann und muss eine wichtige Rolle dabei spielen, diese Flüchtlingskrise zu bewältigen und den Syrern und Syrerinnen ihre Heimat wiederzugeben.

Wir schaffen das, wenn wir solidarisch agieren. In Österreich schaffen wir jetzt dafür eine wichtige Voraussetzung und wir hoffen, dass wir in Brüssel heute auch vorwärtskommen. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Nationalrat - Muttonen: Kein Land in Europa darf sich aus der Verantwortung stehlen](#)
(23.09.2015)

[Muttonen zu TTIP: Malmström-Vorschlag bringt zwar Verbesserungen - Grundsätzliche Kritik bleibt aber bestehen](#) (17.09.2015)

[Muttonen: Kritik an Ungarn nach Tränengas-Attacke gegen Flüchtlinge](#) (17.09.2015)

[Muttonen: OSZE verstärkt Zusammenarbeit mit größter asiatischer Sicherheitsorganisation](#)
(16.09.2015)

[Muttonen - Türkei: Eskalierende Gewalt gefährdet mühsam erarbeiteten Friedensprozess](#)
(10.09.2015)

Herbsttagung der OSZE-PV in Ulan Bator: Gemeinsame Sicherheitspolitik verbessern



Hartnäckige Arbeit zahlt sich aus. Das durfte ich in der vergangenen Woche auf der Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in der mongolischen Hauptstadt Ulan Bator erleben. Seit meiner Wahl zur Vize-

Präsidentin im Sommer letzten Jahres hatte ich mich immer wieder dafür ausgesprochen, einen Austausch der OSZE mit der asiatischen Sicherheitsorganisation SCO (Shanghai Cooperation Organisation) ins Leben zu rufen. Nach vielen Gesprächen mit meinen KollegInnen in der OSZE-PV sowie russischen, chinesischen und kasachischen PolitikerInnen und DiplomatenInnen war es nun so weit. Auf der von mir geleiteten Sitzung war nun erstmals ein Vertreter der SCO anwesend und hat mit uns darüber diskutiert, was wir gemeinsam gegen Sicherheitsgefahren in Europa und Asien unternehmen können.

Im Zentrum der Debatte standen dabei vor allem der Kampf gegen den internationalen Terrorismus sowie gegen Menschen- und Drogenhandel in Europa und Asien. Ich bin überzeugt, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen der OSZE, der neben den 28 EU-Staaten auch die USA, Russland und 24 weitere europäische und asiatische Länder angehören und der SCO, die unter anderem Russland, China, Kasachstan und Indien umfasst, für beide Seiten Vorteile bringt. Auch könnten sich über die SCO wichtige neue Gesprächsmöglichkeiten mit Russland ergeben, um Lösungen in der Ukrainekrise zu finden. Ich hoffe daher, dass der von mir initiierte Austausch in Ulan Bator nur der Anfang einer engeren Kooperation der beiden Sicherheitsorganisationen gewesen ist.

Detaillierte Informationen über die Tagung findet ihr – leider nur auf Englisch- auf den [Seiten der OSZE-PV](#). Unter diesem [Link](#) findet ihr das Video von der von mir geleiteten Sitzung.

Gespräche über Sicherheitszusammenarbeit in Beijing



Am Weg zur OSZE-Herbsttagung in Ulan Bator habe ich einen Zwischenstopp in Beijing eingelegt. Während meines Aufenthaltes habe ich mich unter anderem mit Angehörigen der österreichischen Botschaft und mit österreichischen Pressevertretern über den augenblicklichen Stand unserer Beziehungen zur Volksrepublik ausgetauscht. Ein wichtiges Thema war auch hier die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit der beiden regionalen Sicherheitsorganisationen, OSZE und SCO, auszuloten. Hierzu habe ich mich auch mit dem österreichischen EU-Botschafter für China, Hans Dietmar Schweisgut und dem stellvertretenden Generalsekretär der SCO, Sabyr Imandosov, getroffen, die sich beide sehr offen für die Zusammenarbeit zeigten.

Offene Ohren und großes Interesse habe ich für dieses Vorhaben auch auf chinesischer Seite vorgefunden, in meinen Gesprächen mit den stellvertretenden Generaldirektoren für Europa im chinesischen Außenministerium und bei der KP China, Herrn Wang Shunqing und Zhang Zhianguo.

Mit Herrn Wang habe ich außerdem über die Flüchtlingskrise und den syrischen Bürgerkrieg gesprochen und auf ein stärkeres Engagement Chinas im Rahmen des UN-Sicherheitsrats gedrängt. Herr Wang stimmte mir darin zu, dass die Vereinten Nationen in diesem Konflikt gefordert seien. China hofft dabei vor allem darauf, dass durch die erfolgreichen Iran-Verhandlungen eine neue Dynamik entsteht, durch die eine Lösung erreicht werden kann.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at